

# Die Deutsche Zeitung für die Provinz Sachsen und für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 217 Nr. 16/49

<b>Bezugspreis:</b> vom 16.-20. 2 1/2 M. (Postabn.) - Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. - Abbest. Gemalt. enthält von Deutscher Anstalt.	<b>Halle-Saale</b> Dienstag, 26. Februar 1924	<b>Anzeigenpreis:</b> Die Anzeigen zu 40 Zeilen (10-15 Spalten) 10 Pfennig. Kleinanzeigen 5 Pfennig. Familien-Anzeigen 4 Pfennig. Stellenanzeigen 3 Pfennig. Die 3. Spalte zu 30 Pfennig. Der 4. Spalte zu 20 Pfennig. Nicht nach dem Tarif. - Druck von Otto Thiele, Halle-Saale
---	--	--

## Vor Enthüllungen Ludendorffs?

### Der Beginn des Hitler-Prozesses

Das Verhalten v. Kahrs (Von unserem eigenen Mitarbeiter.)

Am Dienstagmorgen um 12 Uhr begann in der militärischen Bildungsanstalt in der Stübnerbergstraße der Prozeß gegen die Angehörigen, die beschuldigt sind, in der Nacht vom 8. zum 9. November 1923 ein unermessliches Verbrechen begangen zu haben und das deutsche Reiches gewalttätig zu erobern zu wollen. Die Angeklagten, nämlich General Ludendorff, schienen in den letzten Tagen ihre bisherige Tätigkeit, die dahin ging, die Herren Kahrs, Zeffow und Seiffert schwer zu belasten, aufzugeben zu haben. Man erwartete nämlich, daß General Ludendorff seine Verteidigung anstellt und daß er sich in der Hauptphase nicht gegen die genannten drei Herren, sondern gerade auf deren Aussagen beruft. Er behauptet, daß er ebenso wenig Helfer wie Herr von Kahrs, Zeffow und Seiffert sei, weil diese drei erst nach ihm herangezogen seien. Er weicht sich ausdrücklich auf die Unterredung, die am 21. Oktober mit der offiziellen Abteilung Zeffows zwischen ihm und dem General stattgefunden habe. Zeffow habe ihm ein Anerkenntnis gemacht, anzuerkennen, in dem er sich auf eine rechtsergreifende Erklärung in Berlin zu verstehen. Nach anfänglichen Säßen, behauptete Ludendorff, habe er sich zu diesem Akt entschlossen und erst, nachdem er die Zustimmung erhalten habe, daß man nicht etwa die Ansicht habe, Bayern vom Reich zu lösen, und in letzten Endes nur Bayerische

Interessen vertreten habe. Einer solchen Weisung hätte er sich nicht ausgelassen. Weiter behauptet General Ludendorff, daß er von Hitlers Vorgehen nichts gewußt, daß er im letzten Augenblick für oder gegen die Verurteilung gestimmt habe, weil ihm nicht bekannt gewesen sei, ob zwischen Kahrs, Zeffow und Seiffert einerseits und Hitler auf der anderen Seite Verbindungen bestanden hätten, die man ihm erstens verdächtig hätte. Ludendorff wird, wie wir hören, zu Beginn des Prozesses eine sehr ausführliche Erklärung abgeben, die sich in dem oben erwähnten Sinne bewegen wird.

Über die Prozessordnung erfahren wir nach folgende Einzelheiten: Am ersten Verhandlungstage sollen zunächst Hitler, Oberlandesgerichtsrat Wescher, Oberleutnant Gröbel und eventuell noch Dr. Weber vernommen werden. Die Vernehmung Ludendorffs soll erst am zweiten Verhandlungstage erfolgen. Die Vernehmung der Angeklagten wird voraussichtlich bis Donnerstag dauern. Die ersten Aussagen sind erst für Freitag und Samstagabend gefahren worden. Verhandelt wird täglich von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 1/2 Uhr abends. Nach Ansicht des Vertretenden wird die Prozessdauer circa 14 Tage betragen, vorausgesetzt, daß nicht seitens der Verteidigung weitgehende Beweiserleichterung gefordert werden. Über den Ausgang der Öffentlichkeit ist noch kein Wort zu hören entschieden werden. Wie wir hören, kann nicht die Rede davon sein, daß für einen größeren Teil des Prozesses die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Vielmehr soll die Vernehmung der Angeklagten nach Möglichkeit in voller Öffentlichkeit erfolgen.

### Reichslandbundespräsident Dr. Gustav Roesicke

Breslau, 25. Februar.  
Der Präsident des Reichslandbundes, Reichstagsabgeordneter Dr. Roesicke, ist gestern, als er auf der Reise zur Reichslandbundesversammlung in Breslau dem Kronprinzen in Zells einen Besuch abstattete, einen schweren Schlaganfall, an dessen Folgen er heute früh gegen 11 Uhr verstarb.

Mit Dr. Gustav Roesicke, der im 58. Lebensjahre stand, scheidet eine der markantesten Persönlichkeiten des politischen Lebens von uns, dessen Name mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Deutschen Reiches seit 1890 aufs engste verknüpft ist. Denn mit unerschütterlicher Konsequenz und Energie, ausgerüstet mit tiefem Wissen und reicher Erfahrung und besetzt mit einem hervorragenden organisatorischen Talent, ist er den wirtschaftlichen Aufgaben des Sozialismus stets außerordentlich wirkungsvoll entgegengetreten. Dr. Roesicke gehörte zu den ganz wenigen Zeitgenossen, die frühzeitig die Gefahren für die gesamte deutsche Volkswirtschaft erkannten, die in dem Verfall der bismarckischen Sozialpolitik lagen. Mit dem intuitiven Blick des geborenen Politikers durchdrachte er die Capitulativen Wirtschaftspolitik, die in erster Linie eine Zerstörung der deutschen Landwirtschaft bringen mußte. Und deshalb stellte er sich sofort mit aller Kraft der neuen gesellschaftlichen Bewegung entgegen, die all jene Verhältnisse noch bei weitem übertraf. Da wurde wurde aus dem Reichsführer Landwirte der „Lund der Landwirte“ gegründet, aus er erregte nicht geringes Aufsehen, als der junge Gerichtsrat Dr. Roesicke aus dem „Lund der Landwirte“ zum „deutscher Reichsverband der Landwirte“, ging und mit seinen Tugenden in diese Organisation der Landwirtschaft stellte. Er erregte eine außerordentlich große Aufmerksamkeit, um die deutsche Landwirtschaft und damit die gesamte Volkswirtschaft vor Verelendung bewahren zu helfen. Durch seine hervorragende Tätigkeit und Ausdauer gelang es ihm, im „Lund der Landwirte“ eine führende Stellung, vor seit vielen Jahren sein erstes Amt innezuhaben. Auch seine politische Wirkung wurde von seinen Mitarbeitern frühzeitig erkannt und er daraufhin sowohl in das Reichsweite Abgeordnetenhaus als in den Reichstag gewählt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist Dr. Roesicke nicht nur einer der ersten und größten Vertreter der deutschen Landwirtschaft, sondern hat darüber hinaus auch den stärksten Einfluß auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben ausgeübt. Daß die Landwirtschaft sich nach dem Capitulativen Niedergange so schnell erholt hat, ist mit in erster Linie dem Wirken Dr. Roesickes, und doch ist er niemals einseitiger Agrarpolitiker gewesen. Sein Streben ging auf gerechten Ausgleich der Interessen von Produzenten und Konsumenten, von Landwirtschaft, Industrie und Handel. Vor agrarischer Einseitigkeit bewachte ihn schon seine rein bürgerliche Herkunft, und diese in seinem Wesen liegende glückliche Mischung bürgerlicher und landwirtschaftlicher Grundzüge — bei mehreren Jahren hat er sich in der Höhe von Berlin angelehnt — hat nicht zuletzt zu dem Erfolge beigetragen, die seiner wirtschaftspolitischen Tätigkeit in diesem Maße ermöglichen. Als nach dem „revolutionären Zusammenbruch“ in vielen Teilen Deutschlands die Bandenbanden entstanden, erkannte er sofort, daß die deutsche Landwirtschaft sich in den Stürmen der neuen Zeit nur dann behaupten könne, wenn es gelang, beide Ströme in ein einheitliches Welt zu leiten und die reichen Kräfte, die in ihnen wirken, zu einmütiger Tätigkeit aufzumuntern. So kommt ihm auch ein Hauptverdienst an der Einleitung dieser beiden Organisationen und damit an der Gründung des Reichslandbundes zu.

## Herabsetzung der Reparationsabgabe an England

### Das deutsch-englische Abkommen über die Exportabgabe

Berlin, 25. Februar.  
Die deutsche Regierung hat mit der englischen Regierung ein Abkommen über die Herabsetzung der Reparationsabgabe an England geschlossen. Das Abkommen ist am 23. Februar unterzeichnet worden und tritt bereits am 26. Februar in Kraft. Es enthält die Herabsetzung der Reparationsabgabe an England von 5 Prozent auf 3 Prozent der Wertung der Waren in England an die britische Zollbehörde zu entrichten und stellt 30 Prozent der Wertung an seinen deutschen Importeur unter gleichzeitiger Herabsetzung des Zolls auf 5 Prozent an. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, diese Schritte zu tun, wenn die deutschen Waren gehandelt sind, in einer dann noch genauer festzulegenden Form einzuweisen. Als dahin hat sie sich verpflichtet, Sorge zu treffen, daß die Abgabe in sich den englischen Exporteur zu Lasten sei, in Rechnung gestellt wird. Eine entsprechende Verordnung ist in Vorbereitung. Die deutsche Regierung verpflichtet sich weiter, alle Aufschneide, die aus der Warenabgabe nach England vor dem 26. Februar hervorgehen, sei es aus alten Kontrakten, sei es aus neuen Verträgen, in der bisherigen Weise durch E-Schuldenschein einzuweisen. Es ist ferner von der britischen Regierung zugesagt worden, die E-Schuldenscheine über 5 Prozent an die deutsche Regierung zu leisten und alle Bedingungen von geringem Werte ohne Erhebung der Abgabe frei nach England einzuführen. Das englische Schatzamt wird auf dem Verhandlungswege die bisherige Abgabe von 20 Prozent, welche bei der Einfuhr deutscher Waren nach England an die britische Zollbehörde zu entrichten ist, mit Wirkung vom 26. Februar ab auf 5 Prozent herabzusetzen. Von diesem Abkommen, daß die nach dem Reparationsabgabe an England in Höhe von 5 Prozent entfallenden Abgaben nicht auf die britischen Importeure ganz oder teilweise abgewandt werden, hat sich die deutsche Regierung bereit erklärt, die deutschen Exporteure zu einem entsprechenden Abkommen zu verpflichten, das sich die deutsche Regierung bereit erklärt, die deutschen Exporteure zu einem entsprechenden Abkommen zu verpflichten, das sich die deutsche Regierung bereit erklärt, die deutschen Exporteure zu einem entsprechenden Abkommen zu verpflichten.

### Der freundschaftliche Charakter der zum Abschluß gebrachten deutsch-englischen Verhandlungen

Berlin, 25. Februar.  
In Ergänzung der amtlichen Mitteilung über das deutsch-englische Abkommen betreffend Herabsetzung der Reparationsabgabe auf 5 Prozent, erklärt die „Telegraphen-Zeitung“ noch folgendes: Die heute aus London zurückgekehrten Herren, die im Auftrage der deutschen Regierung die Verhandlungen führten, legen großen Wert darauf, zu betonen, daß die Verhandlungen in einer ganz freundschaftlichen und freundschaftlichen Weise geführt worden sind. Hierbei ist besonders zu berücksichtigen, daß die Verhandlungen in einem ruhigen Stadium nicht fortgesetzt werden konnten und erst vor kurzem bekanntlich zum zweiten Male wieder aufgenommen wurden. Die getroffene Regelung ist nach den hierüber schon gefassten Entscheidungen seitens auch im deutschen Interesse außerordentlich zu begrüßen. Daß eine vollkommene Aufhebung der Exportabgabe nicht möglich war, ist schon vor einiger Zeit unter der Hand bekannt geworden. Das Abkommen wird im Laufe der heutigen Tage dem englischen Parlament mitgeteilt werden. Voraussichtlich wird eine Aufhebung des englischen Gesetzes (recovery act) nicht erfolgen, da es sich bei dem Abkommen nur um eine Auslegung und Milderung des vom Parlament jüngst angenommenen Vertragserlasses und nicht um deren anschließenden Verhandlungen handelt.

### Rückgabe des deutschen Eigentums in England

London, 25. Februar.  
In gut unterrichteten Finanzkreisen verlautet heute auch, daß der Premierminister, der Schatzminister und das Handelsministerium darüber verhandelt haben, daß das deutsche Eigentum in England, das in den Händen der Deutschen des Auslands des einzelnen Deutschen 400 Pfund Sterling übersteigt, an die britische Regierung zurückzugeben. Diese Verhandlungen sollen einen Verlauf genommen haben, der einen günstigen Eindruck über die neuerliche Lage in Aussicht stellt.

### Vertagung gegen die Räumung des Ruhrgebietes

Paris, 25. Februar.  
Vertagung entwidelt im „Echo de Paris“ hinsichtlich der Sachverhalte, die sich im Zusammenhang mit der Räumung des Ruhrgebietes ereignen. Die militärische Situation habe ohne eine wirtschaftliche Ausbeutung keinen großen Sinn mehr. Die internationale Anleihe bedingte Vertagung als Illusion und beruht sich auf dementsprechenden Ausdrücken der amerikanischen Bankiers Raymond Mogen.

### Die Nachfolgerschaft Dr. Roesickes

Berlin, 25. Februar.  
Der übliche Lob Dr. Roesickes stellt die größte wirtschaftspolitische Organisation der deutschen Landwirte, den Reichslandbundes, vor die Aufgabe, den freigewordenen Posten des Vorstandes neu zu besetzen. Unter den anerkannten alten großen Führern der Landwirtschaft ist nur noch Herr von Wedemeyer an dem Leben, der in diesen bereits dem Verfall des Reichslandbundes mit angeht. Bei der außerordentlichen Bedeutung der regen Arbeitstrait Dr. Roesickes wird es nicht leicht sein, einen würdigen Nachfolger zu finden, der auch nur annähernd die gleichen Qualitäten wie der Verstorbenen aufzuweisen hat. Aller Voraussicht nach wird jedenfalls auch hier der Wunsch der Generationen in Erwägung treten. Nachdem die großen Führer in der Agrarwelt der Capitulativen in den letzten Jahren fast ausnahmslos ausgeschieden sind, werden in jüngere Führerpersönlichkeiten in der vor kommenden Generation des Jahres 1924 die Arbeit fortzuführen haben. Mit einiger Wahrscheinlichkeit kann man damit rechnen, daß Schlangenschönigen, als Nachfolger Dr. Roesickes in erster Linie in Betracht kommt, zumal dieser gleichzeitig Parlamentarier ist. Es wird jedoch auch von dem Hg. Schiele gesprochen. Das größte der große Vorbedingung des Reichslandbundes in Breslau begonnen hat, wird man mit einer baldigen Regierung der Reichslandbundes Dr. Roesickes werden.

Die Deutsche Zeitung für die Provinz Sachsen und für Anhalt und Thüringen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt







